

Antrag auf Änderung der Präsidiums-AE

Antragsteller Björn Gerlach, im Auftrag von UniGrün und Jusos

Antragstext Das Studierendenparlament möge beschließen, die Aufwandsentschädigung des StuPa-Präsidium ab 01.01.2014 mit 75 Euro pro Person und Monat neu zu regeln.

Begründung Das aktuelle Modell (75 Euro pro Person und Sitzung) führt zu mehreren Nachteilen:

1. Schlechte Kalkulierbarkeit im Haushalt. Bei der monatlichen Entschädigung ist der exakte Jahresbetrag problemlos zu beziffern, bei dem bisher geltenden Modell ist eine korrekte Prognose schwierig, so dass – aufgrund der gebotenen buchhalterischen Vorsicht – zwangsweise mit einer höheren Summe kalkuliert werden muss, als tatsächlich letzten Endes verausgabt wird, was unnötig Kapital in diesem Haushaltsposten bindet. Aufgrund der Tatsache, dass in der Vergangenheit 12 Sitzungen und mehr pro Jahr keine Seltenheit waren, beträgt die derzeit kalkulierte Summe somit auch mehr, als nach dem neuen Modell eingeplant werden müsste.

2. Mit der Einführung des Modells vor 1,5 Jahren sollte eine aufwandsorientiertere Entschädigung erreicht werden, das Gegenteil – so waren sich alle drei seit dem im Amt gewesen Präsidien einig – ist der Fall. Dadurch, dass nur die Sitzung selbst entschädigt wird, bleibt ein etwaiger Vorbereitungsaufwand im Vorfeld der Sitzung bei zeitgleicher Verhinderung während der Sitzung selbst, vollkommen unentschädigt. Zudem wurde ebenfalls einstimmig berichtet, dass auch in sitzungsfreier Zeit ein nicht zu unterschätzender konstanter Arbeitsaufwand besteht, dem im aktuellen Modell keine Rechnung mehr getragen wird.

Da es sich grundsätzlich nicht um einen Lohn, sondern um eine Aufwandsentschädigung einer ehrenamtlichen Tätigkeit handelt, also auch die Tätigkeit im gesamten und nicht nur einzelne Sitzungen betrachtet werden sollten, halten wir eine Rückkehr zu diesem früher bereits viele Jahre existiert habenden Modell für sinnvoll.